

Warum eine Parteikandidatur keine gute Idee für die Bewegung ist

Sollten wirklich möglichst viele Menschen, die die letzten Jahre die Klimagerechtigkeitsbewegung aufgebaut haben jetzt in eine Partei gehen oder Menschen unterstützen, die das tun? Ich glaube nicht. Denn Parteien entziehen einer Bewegung die Energie. Und Menschen die einst das System verändern wollten werden dann Teil davon

Ihr glaubt uns nicht, wenn wir sagen, dass die Partei-Werdung das Ende jeder Bewegung ist? Wenn wir sagen, dass jede Partei die Tendenz hat, Menschen in Strukturen einzubinden, in denen sie am Ende weniger dazu in der Lage sind, das System grundlegend zu verändern, als auf der Straße?

Nun, wir haben ein paar Beispiele für euch gesammelt:

Um 2008 herum gab es im Zusammenhang mit der Finanz- und Bankenkrise große Proteste gegen die von Regierungen (auf Druck der Troika aus EU, EZB und IWF) verhängten drastischen Sozialkürzungen. In Griechenland und Spanien, wo die Bewegungen besonders stark waren gründeten sich daraus heraus neue linke Parteien – Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien.

Große Teile der Bewegungen engagierten sich in diesen neuen Parteien, bauten sie auf und Einzelne wurden wichtige Führungspersonlichkeiten.

Viele setzten große Hoffnungen darauf, dass diese Parteien die Forderungen, die sie zuvor auf die Straße getragen hatten für sie umsetzen würden & sie so das Spardiktat der Troika brechen könnten. Doch der Druck auf der Straße ließ nach und die Parteien mussten sich dem Spardiktat der Troika beugen und enttäuschten die Hoffnungen derer, die sie gewählt hatten.

Manche würden vielleicht sagen, dass das Problem nur darin bestand, dass die Parteien nicht stark genug waren das Spardiktat zu brechen, oder dass sie zu wenig Unterstützung aus anderen Ländern erhielten. Wir wissen leider nicht, wie die Geschichte unter anderen Bedingungen anders verlaufen wäre. Aber deutlich zu erkennen war, dass die Bewegungen nach ihre Partei-Werdung ihre Macht auf der Straße in weiten Teilen einbüßten.

Auch in der deutschen Geschichte, gibt es mehrere Beispiele dafür, wie soziale Bewegungen durch ihre Partei-Werdung daran scheiterten, ihre ursprünglichen Ziele zu erreichen, und die Parteien sich sogar gegen die Bewegungen wendeten, die sie aufgebaut hatten. Die meisten denken jetzt sicher an die Grünen nach der Bundestagswahl. Und ihr habt natürlich Recht. Aber diese Geschichte ist viel älter und sie handelt von der SPD – what? Die SPD? Olaf Scholz ist doch das verkörperte Gegenteil von Bewegung. Auch wenn man sich heute darüber wundern mag, ist auch die SPD aus einer Bewegung hervorgegangen, die einmal den Anspruch hatte, den Kapitalismus zu überwinden. In den 80/90-er Jahren des 19ten Jahrhunderts engagierten sich sowohl revolutionäre als auch reformistische Sozialist*innen in der SPD. Sie stritten sich darum, ob der Kapitalismus mit Reformen überwunden werden könnte, oder ob die Zustimmungswerte der Partei nur ein Gradmesser für die Revolution sei. Als die sozialistische Bewegung außerhalb der SPD beschloss, dass die Zeit für die Revolution nun gekommen sei, entschied sich die SPD unter Friedrich Ebert 1918/1919 sich für die Niederschlagung der Aufstände und wurde damit zu einer „glaubwürdigen staatstragenden Partei“.

Keine hundert Jahre später, versuchte die Ökobewegung der 1980er Jahre mit der Gründung der Grünen erneut, ihre Hoffnungen das System grundlegend zu transformieren in Form einer Partei umzusetzen. Bei dem propagierten „Marsch durch die Institutionen“ erhofften sie sich mit rotierenden Ämtern und ein bisschen mehr Demokratie in der Partei das System grundlegend zu ändern. Voller Hoffnung versuchten große Teile der Bewegung in den bestehenden Institutionen zu agieren um diese von innen heraus zu verändern. Leider muss man feststellen, sind eher die Institutionen durch die Subjekte marschiert, als die Subjekte durch die Institutionen. Und so wurden die Grünen das, was sie eben heute sind – eine Regierungspartei, die die Verschärfung rassistischer Asylgesetze und Gas-Deals mit Diktatoren und (neo)-koloniale Ausbeutung mitträgt. Und die

Lützerath räumen lässt, nachdem sie auch durch den Druck der Bewegung an die Macht gekommen sind

Doch woran liegt es, dass Menschen in Parteien dazu tendieren, ihre vorher gesteckten Ziele aufzugeben und stattdessen andere zu verfolgen? Woran liegt es, dass Parteien die Ideale der Bewegungen verraten, welche sie haben groß werden lassen? Bei der Zuverlässigkeit mit der das passiert, kann es sich nicht um reinen Zufall, Pech oder das falsche Personal handeln. Es muss eine strukturelle Ursache dafür geben. Um sich das zu erklären, kann es helfen, sich ein paar Besonderheiten unseres Wirtschaftssystems genauer anschauen. Was soll das denn jetzt damit zu tun haben, fragt ihr euch vielleicht.

Während die Repräsentanten der Staaten seit über 30 Jahren darüber verhandeln wie der Planet noch gerettet werden könnte steigen die Emissionen immer weiter. Auch wenn wir als Bewegung Teilerfolge errungen haben wurde bei allen beschlossenen Maßnahmen immer darauf geachtet, dass eines nicht in Gefahr gerät: das Wirtschaftswachstum. Dabei versteht doch jedes Kind, dass auf einem endlichen Planeten kein unendliches Wachstum möglich ist. Warum verstehen es dann die Politiker*innen nicht? Warum hören sie uns nicht zu? - fragen sich viele. Doch es ist nicht so, dass sie uns nur nicht zuhören würden. Ein Sachzwang steht dem im Weg. Wenn die Wirtschaft nicht wächst ist Krise im Kapitalismus. Und weil die Wirtschaft weiter wächst ist Klimakrise. Und auch wenn der Staat zwar einzelne Maßnahmen beschließen kann ist er insgesamt auf eine funktionierende Kapitalistische Ökonomie angewiesen.

Denn seine Macht basiert auf den Steuereinnahmen und alle Sozialsysteme werden darüber finanziert. Aber genau diese kapitalistische Ökonomie zerstört das Klima und unsere Zukunft. Wir sind also gefangen in einem Netz von Ausbeutung und Zerstörung. Und der Staat spinnt dieses Netz, er hält es aufrecht und er repariert es an den Stellen, an denen wir einzelne Fäden einreißen. Wer als Partei antritt und erfolgreich damit ist, übernimmt die unehrenvolle Aufgabe, die kapitalistische Krise mitzuverwalten und ist damit in ihren Sachzwängen verhaftet.

Genau diese Sachzwänge sind es, die es bisher geschafft haben, jede Partei in einen Kurs zu integrieren, welcher die Basis der Ausbeutung nicht infrage stellt. Es mag sein, dass das nächste Parteiprojekt sich in seinen Anfängen vornimmt, es ganz anders zu tun. Aber spätestens, wenn es gilt „Regierungsverantwortung“ zu übernehmen, schlägt die volle Wucht der Sachzwänge ein. Und so ist es zu erklären, dass Parteien immer dann ihre Ideale aufgeben und sich von den Bewegungen abwenden aus denen sie hervorgegangen sind, wenn sie „Regierungsverantwortung“ übernehmen. Darüber hinaus haben Parlamente und das Parteiensystem mit ihren Institutionenlogiken die Tendenz „unbequeme“ Positionen herauszudrängen und Erfolg tendenziell von systemkonformen Positionen abhängig zu machen.

Wir sollten stattdessen lieber gemeinsam Organisationen außerhalb des Staats aufbauen, welche es schaffen, ihre antagonistische Rolle langfristig aufrecht zu erhalten. Diese können Alternativen zur kapitalistischen Zerstörung schaffen und mehr Spielräume für diese erkämpfen. Inspirierende Bezugspunkte sind für uns die erfolgreichen Kämpfe um Autonomie und gegen den Kapitalismus, wie der zapatistische Bewegung. Wir wollen viele werden, ohne dabei unsere Ideale aufzugeben und gemeinsam die Welt aus den Angeln heben. Lasst und nicht mit ein paar Reförmchen zufrieden geben und einhegen lassen, sondern gemeinsam für eine ganz andere – bessere – Welt streiten

Wenn jetzt also weitere Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung in Parteien antreten und vorgeben, uns zu vertreten, sollten wir ihnen antworten, dass das was sie tun, nicht unsere Anliegen vertritt. Dass wir etwas ganz anderes tun wollen, als das, was sie tun. Und dass der Weg Richtung Klimagerechtigkeit, nicht in den Parlamenten, sondern auf den Straßen zu finden ist.

Jojo, Juli 2023